

Stellungnahme der DU/FWO Fraktion **zum Haushalt 2012**

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages, sehr geehrte Damen und Herren,

wenn man, wie in den vergangenen Jahren, zum Schluss der Haushaltsreden die Möglichkeit hat, mehr als drei Worte über den Ist-Stand und die Zukunft des Oberbergischen Kreises zu sagen, sind ihre Köpfe schon voll mit Zahlen, mit Fakten und Hinweisen über den katastrophalen Finanzzustand des Kreises und seiner Kommunen. Dieser Zustand hat sich rapide verschlechtert. Der Eigenkapitalverzehr konnte nicht gestoppt werden, teile unserer Kreiskommunen stehen vor der Zahlungsunfähigkeit, das heißt sie haben ihr Eigenkapital verbraucht und wären eigentlich unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten längst Insolvenz oder müssten sich Insolvenzverschleppung vorhalten lassen. Nach wie vor wird dem Bürger der Anschein vermittelt, die Schulden könnten reduziert werden und der angehäufte Schuldenberg wäre abzubauen. Dieses sehen wir, sehr geehrte Damen und Herren, nicht so, wir glauben vielmehr, dass wir kaum in der Lage sein werden neue Schulden zu verhindern, geschweige Altfehlbeträge abzubauen.

Das finanzielle Miteinander von Kreis und Kommunen hat sich nicht verbessert, eine klare Neustrukturierung

der Verteilungsströme von Steuergeldern ist nicht zu erkennen. Der Kreishaushalt belastet weiterhin die Kommunen über ihre Leistungsgrenzen hinaus, mit dem jetzigen Haushalt wird sich die Lage mit Sicherheit nicht verbessern. Gerade mit Hinblick auf den **unsäglichen Stärkungspakt Stadtfinanzen**, der unseren Kreiskommunen von der **kraftlosen Minderheitsregierung** aufgedrückt werden soll, zeigt wie hilflos das Land bezüglich einer Neuordnung von Finanzströmen ist. Anstatt im Landtag mit allen Beteiligten eine vernünftige Zukunftslösung zu schaffen, hoffen SPD und Grüne auf ein Wahldebakel der FDP und die CDU hofft auf ein Wunder. Die Kosten dieser Landtagswahl werden vom Ministerium auf ca. 15 Millionen Euro geschätzt, der Steuerzahlerbund geht vom dreifachen aus, also von sage und schreibe 45 Millionen € Unser Appell an die großen Parteien im Kreistag sich im Land für eine Neuordnung der Finanzstrukturen einzusetzen, ist natürlich nicht gehört worden. Was machen unsere Landtagsabgeordneten, sie bevorzugen Neuwahlen, die den Steuerzahler viel Geld kosten und das Land NRW weitere unnötige Zeit in Untätigkeit erstarren lässt.

Für das Jahr 2012 ergibt sich aufgrund von teilweiser Auflösung der Rückstellung (für pensionierte Beamte) und der Zuführung von Rückstellungen (Ansprüche der aktiven Beamten aus dem lfd. Jahr) per Saldo eine Zuführung bei den Pensionsrückstellungen von 3.484.992,00 € Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 15.03.2007 den Aufbau eines Kapitalstockes "Pensionsrücklage" beschlossen. Für den Kreis und

seine kommunalen Entscheidungsträger besteht jedoch keine rechtliche Verpflichtung zur Kapitalstockbildung. Die Vorschrift des § 9 KrO fordert nur dazu auf, einen verträglichen Ausgleich zwischen Kommunen und Kreis zu schaffen. Nach den Grundsätzen der Finanzmittelbeschaffung (§77 GO NRW) dürfen Geldanlagen nicht über Kredite finanziert werden. Also dürfen auch Kapitalanlagen nur aus eigenen, frei verfügbaren Finanzmitteln, erworben werden. Auch die Aussage, dass wir unter Umständen einen höheren Zinsgewinn bei der Anlage der Gelder erzielen als vom Kreis als Darlehenszins erbracht werden muss ist unbefriedigend, denn dadurch hat eine Tilgung nicht stattgefunden. Also wird hier wieder irgendwann der Bürger zahlen müssen und zwar für eine Politik der Altersvorsorge der letzten Jahrzehnte, die weder der Pensionsberechtigte noch aber die Allgemeinheit zu verantworten haben. Noch verwunderlicher ist für die DU/FWO Fraktion, das nachdem 2007 mit den Pensionsrückstellungen begonnen wurde, erst im Laufe dieses Jahres ein Papier der Verwaltung vorgelegt wird, das Zahlen beinhalten soll, welche Belastungen überhaupt durch die zu erwartenden Pensionszahlungen in der Zukunft entstehen. Dieses Papier wird die DU/FWO Fraktion zum nächsten Kreistag einfordern.

Der Versuch der DU/FWO Fraktion über eine Budgetsperre von 5% den Haushalt zu entlasten, fand keine Mehrheit. Stattdessen wurde unser sachkundiger Bürger im Ausschuss gefragt für welchen Bereich denn diese Budgetsperre sein soll. Das wir Ihnen sagen

müssen, dass sich dieser Antrag in erster Linie auf den freiwilligen Bereich bezieht, befremdet uns doch sehr. Außerdem kann sich eine Budgetsperre sehr wohl auch auf gewisse Pflichtaufgaben beziehen, verwundert sind wir vor allem, dass die Grünen diesen Antrag ablehnen und selbst eine Reduzierung der Personalkosten beantragen. Wir hätten uns gewünscht, dass der Kreistag und Verwaltung hier den unbedingten Sparwillen untermauert hätten.

Ebenfalls die geringfügige Absenkung der Kreisumlage von 44,3% auf 44,2% durch eine direkte Weiterleitung der Senkung der Umlage des Landschaftsverbandes an die Kreiskommunen fand keine Mehrheit. Die Aussage das Veränderungen sowieso direkt eingebaut werden ist für uns nicht nachvollziehbar. Noch weniger haben wir für eine Politik Verständnis die unseren Antrag ablehnt, gleichzeitig aber von SPD und Grünen die Senkung der Kreisumlage auf 43 % beantragt wird.

Zudem sind wir der Meinung, dass in den bilanziellen Abschreibungen für den Kreishaushalt in Zukunft große Risiken liegen. Auf unsere Anfrage hin bekamen wir zwar eine schriftliche Antwort, doch wie die Investitionspolitik, Mittelverwendung und Mittelbereitstellung in den nächsten Jahren aussehen, war in der Antwort nicht erkennbar. Auch wie der Erhalt der Infrastrukturen durch Reinvestitionen und Liquiditätsplanung aussehen wird, wurde uns nicht klar genug mitgeteilt. Zudem bleibt auch offen, ob nicht doch

bilanzielle Abschreibungen über Kredite finanziert werden.

Unseren Antrag, den wir vorläufig auf Grund der aktuellen Lage auf Landesebene zurückgezogen haben, zu einer Resolution bezüglich der U3 Förderung und der Umsetzung des Konnexitätsprinzip wurde erfreulicher Weise vom Verfassungsgericht bestätigt. Schlimm, dass immer mehr Gerichte die Rechtmäßigkeit von Verteilungsstrukturen bemängeln müssen und wiederum viel Zeit und Geld in solchen Prozessen verschwendet wird. Alleine das Urteil in unserem Nachbarland Rheinland Pfalz, dass den Landtag dort zu einer völligen Umstrukturierung zwingt, sollte uns Beispiel sein schnellstmöglich unsere Finanzströme neu zu organisieren.

Von daher können wir auch dieses Jahr einem Haushalt nicht zustimmen, der zur Folge hat, dass die Kommunen weiterhin und endgültig in den finanziellen Ruin gestürzt werden. Die Reaktionen fast aller Gemeinde- und Stadträte zeigt diese Situation mehr als nur deutlich auf. **Wir als DU/FWO Fraktion können eben nicht als Mitglieder in unseren Räten, einerseits die Finanzpolitik des Kreises bemängeln und dann hier einem Haushalt zustimmen der zu weiteren Belastungen der Kommunen führt.** Denn weiterhin erfolgt der Weg ganz nach der Devise letztes Jahr standen wir am Abgrund, dieses Jahr sind wir einen Schritt weiter.

Die großen Hoffnungen in das Gutachten von Martin Junkernheinrich, das letztes Jahr an Landesinnenminister Jäger von der SPD übergeben wurde, haben sich nicht erfüllt. Leider anscheinend wieder nur ein Gutachten für die Ablage. Denn Veränderungen werden, wie in dem U3 Urteil zum Konnexitätsprinzip, anscheinend nur noch durch Gerichte getroffen.

Die DU/FWO Fraktion wird aber weiterhin ein konstruktives Mitarbeiten in den einzelnen Gremien anbieten, wir werden uns alle Mühe geben ein kritischer, aufmerksamer, einsatzbereiter und aktiver Partner in den anstehenden Diskussionen zu sein.

In der Entwicklung der Energieregion Oberberg sehen wir weiter große Chancen. Hier ist es aber notwendig, dass vor allem die großen Fraktionen sich in ihren Ansichten annähern und dadurch die Energiewende ermöglichen. Denn gerade im Bereich der Nischenlösungen und des Transportes von Energie bewegen wir uns viel zu langsam. Gutachten müssen jetzt auch nicht nur zu Ablage gelangen sondern auch zu Konzepten mit konkreten Maßnahmen und Ergebnissen führen.

Wie schon am Anfang erwähnt, werden wir dem Haushalt nicht zustimmen. Wir möchten uns aber ganz ausdrücklich bei der Verwaltung für ihr immer offenes Ohr bedanken und auch dem Bemühen uns zu informieren und mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Ihnen Danke ich für ihre Aufmerksamkeit und wünsche
uns allen gutes Gelingen bei den anstehenden Aufgaben.

Jens-Holger Pütz
Stellv. Fraktionsvorsitzender
der DU/FWO Fraktion im
Kreistag des Oberbergischen Kreises